Wertschätzung statt Bürokratie - Krankenhäuser in Sommergesprächen mit Abgeordneten

Niedersächsische Krankenhausgesellschaft kritisiert aktuellen Gesetzentwurf

Hannover. Für weniger Bürokratie in den Kliniken setzt sich die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) im Sinne der Patienten und der Mitarbeitenden in den Krankenhäusern ein. Sie kritisiert daher den aktuell vorgelegten Entwurf des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes (NKHG). Dieser will vor dem Hintergrund der tragischen Geschehnisse in Niedersachsen die Einstellung zusätzlicher Apotheker auf den Stationen sowie eine Ausweitung der Datenerfassung für Statistiken für alle Krankenhäuser in Niedersachsen verpflichtend machen.

Der flächendeckende Einsatz von Stationsapothekern sei wegen der mangelnden Verfügbarkeit von Apothekern am Arbeitsmarkt nicht zu erfüllen. Ob mit ihrem Einsatz das Ziel einer höheren Patientensicherheit erreicht werden könne, sei ebenfalls zweifelhaft, so NKG-Verbandsdirektor, Helge Engelke. Sinnvoller wäre beispielsweise eine flächendeckende Förderung technischer Möglichkeiten für die Arzneimittelsicherheit.

Darüber hinaus enthält der Entwurf laut NKG ein Bündel unpraktikabler Maßnahmen sowie erweiterter und doppelter Datenerfassungen. Das angedachte Rotationssystem von Pflegepersonal auf Intensivstationen beispielsweise sei in der Praxis nicht umsetzbar. Leistungserbringung auf hohem qualitativen Niveau erfordere, dass das Personal routiniert arbeite und die Zusammenarbeit untereinander „eingespielt“ sei. Voraussetzung für die Rotation wäre die Einstellung von weiterem Pflegepersonal für den Intensivbereich. Bereits jetzt sei der Arbeitsmarkt für Intensivpflege-Fachkräfte aber schon extrem angespannt.

„Patientensicherheit und Versorgungsqualität im Krankenhaus werden durch starre, auf dem Arbeitsmarkt nicht abdeckbare pauschale Vorgaben sicher nicht verbessert“, betont Verbandsdirektor Engelke. „Auch fehlt es an einer ausreichenden Finanzierung der zusätzlichen Kosten. Die vom Gesetzgeber angesetzten Summen sind eindeutig zu gering angesetzt“.

Neben Unterfinanzierung und Investitionsstau sei die immer weiter ausufernde Bürokratie die größte Hürde, die die Kliniken im Interesse ihrer Patienten überwinden müssten. Jeder Beitrag, um diese Probleme zu überwinden, wäre ein echter Schritt zu mehr Patientenorientierung. Der vorgelegte Gesetzentwurf bewirke jedoch das Gegenteil.

Weitere Informationen:

- Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der NKG (0511) 3 07 63-0
- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511) 3 07 63-0

- Marten Bielefeld, stv. Geschäftsführer der NKG (0511) 3 0763 49

Pressemitteilung vom 26.06.2017 (Word-Format) (1,5 MB)

Pressemitteilung vom 26.06.2017 (348,4 kB)